

# Untersuchungsausschuß legte der Volkskammer erste Ergebnisse vor

Dr. Heinrich Toeplitz: Arbeit dient Wiederherstellung der staatlichen Ordnung

Herr Präsident, verehrte Abgeordnete der Volkskammer!

Im Namen der Mitglieder des von Ihnen gewählten Untersuchungsausschusses danke ich Ihnen für das erwiesene Vertrauen. Wir werden es durch Arbeit rechtfertigen, die den Interessen unserer Bürger entspricht. Vor uns steht die Aufgabe, in allen uns vorgelegten oder durch die Eingaben von Bürgern bekannt gewordenen Fällen die Wahrheit festzustellen, das heißt dafür zu sorgen, daß Schuldige ohne Ansehen der Person zur Verantwortung gezogen werden. Vorverurteilungen, die zum Teil von Emotionen getragen sind, werden uns ebensowenig beeinflussen wie billige Entschuldigungen, die man jetzt gelegentlich über die Massenmedien erfährt. Wir werden auch helfen, unbegründete Gerüchte zu widerlegen. Ich möchte mit aller Offenheit sagen: Unsere Arbeit dient der Wiederherstellung der staatlichen Ordnung in unserem Land. Dazu gehört auch ein Klima würdiger menschlicher Beziehungen, das ausschließt, Tausende von Menschen in verschiedenen Funktionen, die ehrlich und aufopferungsvoll für diesen Staat gearbeitet haben, zu beleidigen oder zu diffamieren.

Das ist weder menschlich noch - gestatten Sie mir das Wort als Abgeordneter der CDU - christlich. Die Verfolgung ganzer Kategorien von Menschen ist ein dunkles Kapitel der deutschen Geschichte. Wir dürfen keine Wiederholung unter anderen Vorzeichen zulassen.

## Transparenz und Informationen

Gestatten Sie mir nun einige Bemerkungen zur Arbeitsweise des Ausschusses:

1. In der konstituierenden Sitzung haben wir unsere Arbeitsordnung beschlossen, die dem Ausschuß das Recht gibt, betroffene Zeugen und Sachverständige zu hören und Einsicht in Unterlagen zu nehmen. Dabei sind wir auf das Problem gestoßen, daß die Geschäftsordnung der Volkskammer hierfür keine ausreichende Grundlage gibt. Sie geht in ihrem § 34 lediglich von der Zusammenarbeit zwischen Ausschüssen und Staatsorganen aus. Hier macht sich bemerkbar, daß es bisher in der Volkskammer einen mit derartigen Rechten ausgestatteten Ausschuß, etwa im Gegensatz zum Bundestag, nicht gab. Wir haben deshalb dem Präsidenten der Volkskammer einen Beschlüßvorschlag zugeleitet, der für die Arbeit des Ausschusses unumgänglich ist.

2. Überall in der Bevölkerung und in den Massenmedien wird die Forderung nach Transparenz und Informationen erhoben. Das gilt auch für die Arbeit unseres Ausschusses. Offenbar haben das einige Redakteure noch nicht verstanden. So wurde in der „Neuen Zeit“, dem Zentralorgan meiner Partei, die Meldung über die Konstituierung des Ausschusses überhaupt nicht abgedruckt. In der „Berliner Zeitung“ erschien sie unter Weglassung des Vorstandes, der aus Abgeordneten der fünf in der Regierung vertretenen Parteien besteht. Auch die Pressemeldung über unsere gestrige Ausschusssitzung sucht man vergeblich in den heutigen Zeitungen. Sie ist um 16.05 Uhr von ADN durchgegeben und um 17.55 Uhr an die Redaktionen gegeben worden. Wir würden uns über einen veränderten Standpunkt in Zukunft freuen.

3. Der Ausschuß hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, gemäß § 29 der Geschäftsordnung der Volkskammer Fachleute zur ständigen Mitarbeit heranzuziehen. Er hat Frau Marlies Eber, Richterin am Stadtgericht Berlin, und Herrn Rechtsanwalt Grischa Wörner, der vom Berliner Rechtsanwaltskollegium benannt wurde, hier zu berufen. Weitere Berufungen sind vorgesehen. Der Ausschuß hat eine ständige Arbeitsgruppe gebildet, die mit den Vertretern der Kontroll- und Untersuchungsorgane, Staatsanwaltschaft, Ministerium des Innern, Amt für Nationale Sicherheit, Finanzrevision und ABI zusammenarbeitet. Gegenwärtig sind die Mitglieder des Ausschusses damit beschäftigt, die Hunderte von Eingaben und Hinweisen der Bürger und Kollektive zu prüfen, deren Zahl täglich wächst. Dafür danken wir, und wir möchten darauf hinweisen, daß wir unter einem hohen Zeit- und Erwartungsdruck stehen, dem wir durch Effektivität unserer Arbeit entsprechen wollen.

4. Es liegt schon jetzt eine größere Zahl von Eingaben vor, in denen Vorwürfe gegen Betriebsleiter und örtliche Partei- und Staatsfunktionäre erhoben werden. Ohne daß unser Ausschuß seine Verantwortung einschränken will, greife ich deshalb die Anregung unseres Kollegen Weißgerber in der letzten Prisma-Sendung auf, daß die Bezirks- und Kreisräte in eigener Verantwortung vergleichbare Ausschüsse bilden. Wird diesem Vorschlag gefolgt, werden wir gern mit ihnen zusammenarbeiten. Verehrte Abgeordnete, in unserer bisherigen Arbeit zeichnen sich bestimmte Schwerpunkte ab, auf die ich eingehen will, soweit gesicherte Erkenntnisse oder klare Fragestellungen vorliegen.

1. Baumaßnahmen verschiedener Art. Auf Grund der Diskussion der Gewerkschaftsmittel über das aufwendige Gebäude des Bundesvorstandes am Märkischen Ufer hat der Ausschuß festgestellt, daß auf Grund zentraler Entscheidungen 100 Millionen Mark aus dem Staatshaushalt für dieses Gebäude zur Verfügung gestellt worden sind. Die Frage, wer diesen Antrag gestellt und wer ihn genehmigt hat, ist noch offen. Welche Gewerkschaftsglieder zusätzlich für den Bau verbraucht worden sind, klärt die neue Leitung des FDGB.

## Häuser für sich, für Töchter und Söhne

Die Privatbauten, die zu einer Fülle von Eingaben geführt haben, wurden von verschiedenen Baubetrieben durchgeführt. Deshalb hat der Ausschuß bisher nur einen teilweisen Überblick. In Betracht kommen die Verwaltung der Wirtschaftsbetriebe des Ministerrates und die bisherige Versorgungseinrichtung Niederschönhausen, der Spezialbau Potsdam, Betriebsstell Berlin, die Baukapazität des Bereichs Kommerzielle Koordinierung und andere Baubetriebe, die von der Leitung des Ministeriums für Bauwesen beauftragt wurden, wie z. B. der Kreisbaubetrieb Ribnitz-Damgarten.

Im Bereich des Ministerrates wurden Häuser für die Söhne der früheren Mitglieder des Politbüros Stoph, Kleiber und Krokowski gebaut. Die Bauten erfolgten auf Antrag der Väter und wurden vom früheren Staatssekretär des Ministerrates, Dr. Kleinert, angeordnet. Der kommissarische Leiter des Bereichs hat uns bestätigt, daß durch diese Bauten Baukapazitäten blockiert wurden, die zur Weiterhaltung für die in Rechtsträgerschaft der Versorgungseinrichtung befindlichen Wohnhäuser und Delegationsgästehäuser bestimmt waren. Einige auf diese Weise begünstigte Familienangehörige sind inzwischen ausgezogen. Das gilt nicht für Frank Krokowski, den Sohn von Werner Krokowski. Für ihn wurde in Übersee ein Haus gebaut, das nach den Angaben eines Architekten, der selbst früher bei VBM gearbeitet hat, mindestens 400 000 Mark gekostet hat. Dieses Haus wurde auf Weisung des früheren stellvertretenden Leiters des Sekretariats des Ministerrates, Günther Schilling, im Herbst 1989 an Frank Krokowski für 125 000 Mark verkauft. Die zuständigen Organe werden sich sowohl mit der strafrechtlichen Seite dieser Manipulation als auch mit diesem „Kaufvertrag“ zu beschäftigen haben.

Für den Bereich Kommerzielle Koordinierung hat der Ausschuß die Unterlagen über die von ihm gebauten 32 Einfamilienhäuser angefordert. Sie liegen vor. Die Häuser sind an Mitarbeiter dieses Bereichs, andere Außenhandelsmitarbeiter, Wissenschaftler und weitere Personen vermietet. Darunter befinden sich die Häuser der beiden Töchter Günter Mittag's. Sie werden geräumt, sobald den Mietern Wohnungen zur Verfügung gestellt werden können, und Bewerbern aus Kreisen der wissenschaftlichen oder künstlerischen Intelligenz zum Kauf angeboten. Das ist so formuliert, verehrte Abgeordnete, weil es ja Leute sein müssen, die den Kaufpreis aufbringen können. Die übrigen Häuser werden auf Grund einer Entscheidung des Vorsitzenden des Ministerrates, Hans Modrow, auf der Grundlage eines von einem zugelassenen Sachverständigen festgestellten Wertgutachtens zum Kauf angeboten. Das die Begutachtung anders als in dem vorher von mir angeführten Beispiel erfolgt, ergibt sich daraus, daß die ersten dieser Häuser auf Preise zwischen 250 000 und 350 000 Mark geschätzt worden sind. Der Ausschuß besteht trotzdem darauf, daß ihm vor Abschluss der Kaufverträge mit den Mietern die Sachverständigen-Gutachten vorgelegt werden. Damit dürften auch die Fragen von Bürgern beantwortet werden, die sich nach diesen Häusern bester Qualität vor allem in Kaulsdorf und Hohenschönhausen erkundigt haben. Die Mieter, die das Einfamilienhaus nicht erwerben wollen oder können, müssen in andere Wohnungen umziehen, und die Häuser werden zum Verkauf angeboten. Die Rechtsgrundlagen für diese außerordentlich aufwendigen Baumaßnahmen und die Prinzipien für die ursprüngliche Zuteilung der Häuser wird der Ausschuß noch untersuchen. Der Ausschuß hat veranlaßt, daß eine exakte Überprüfung beim Spezialbau Potsdam erfolgt, sie ist bereits im Gange. Wir verlangen vom Ministerium für Bauwesen eine vollständige Aufklärung, für welche leitenden Funktionäre und unter welchen Bedingungen zum Beispiel Gefälligkeitspreise Bauaufträgen an örtliche Baubetriebe, insbesondere in Erholungsgebieten, gegeben worden sind. Nur auf diese Weise werden wir einen Überblick über staatliche und Privatbauten für einen bevorzugten Personenkreis erhalten können.

Die Vorsitzende des FDGB, Annelis Kimmel, hat zugesagt, daß die Revisionsorgane der Gewerkschaft prüfen werden, ob in ihrem Bereich ungerechtfertigte

Baumaßnahmen für Einzelpersonen zu verzeichnen sind. Der Fall Nennstiel befindet sich in der Ermittlung des Generalstaatsanwalts, wie die Presse gemeldet hat. In diesen Komplex gehören Land- und Jagdhäuser. Über einige wurde in den Massenmedien bereits informiert. Der Ausschuß ist nicht einverstanden, wenn in einem Interview des „Neuen Deutschland“ bezweifelt wird, ob die repräsentativen Häuser auf dem Darß eigentlich als Privilegien anzusehen seien, da sie von staatlichen Baubetrieben errichtet und an die betreffenden vermietet worden seien. Diese Häuser sind aus gesellschaftlichen Mitteln erbaut, aber mit großem Aufwand. Und nach den Wünschen der vorgesehenen Nutzer. Über den Aufwand und die Verantwortlichkeit für diese und andere Objekte z. B. im Bereich des Gästeheims Lindow und die beauftragten Baubetriebe sind weitere Untersuchungen erforderlich und vorgesehen. Das gilt auch für das Haus eines Sohnes von Horst Sindermann.

2. Vorhandene Sonderjagdgebiete und damit zusammenhängende Privilegien spielen in den Zuschriften an den Ausschuß eine große Rolle.

## „Ehrenmitglieder“ der Bauakademie

In der Presse ist mitgeteilt worden, daß die Sonderjagdgebiete aufgehoben worden sind. Gegenwärtig untersuchen, u. a. auch auf Ersuchen des Ausschusses, die ABI und die Finanzrevision die bisherige Bewirtschaftung dieser Gebiete, für die das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft verantwortlich war. Die Untersuchungen der ABI-Kontrollen werden in zwei Wochen dem Ausschuß vorgelegt. Schon jetzt steht fest, daß diese Gebiete, die als NVA-Gebiete abgesichert wurden, große Waldflächen einnahmen, z. B. im Bezirk Neubrandenburg 20 Prozent. Daß sie über große Fahrzeugparks an PKW und Spezialfahrzeugen verfügten und eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern und Angestellten dort beschäftigt war. Daß für ihre Bewirtschaftung erhebliche staatliche Mittel in Anspruch genommen wurden. Zum Beispiel im Bezirk Neubrandenburg wurden Mittel in Höhe von 5,7 Millionen Mark im Jahre 1988 aus dem Fonds Rohholzerzeugung, Landeskultur und Forstschutz entnommen, was 9,3 Prozent dieses Fonds ausmacht. Einige Sofortmaßnahmen sind getroffen worden: die Abschaffung der Sonderrechte, sinnvoller Einsatz des Personals und des Fuhrparks und Aufteilung der Gebiete an die örtlichen Jagdgesellschaften. Die örtlichen Organe sollten durch eine exakte Kontrolle dafür Sorge tragen, daß die bisherigen Nutzer wirklich nur persönliches Eigentum mitnehmen. Das gilt auch für Jagdhäuser in der Schorfheide. Ich bitte den Minister für Innere Angelegenheiten und den Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit, Anweisungen zu geben, daß die Mitarbeiter der ABI zu den Objekten, die noch unter Bewachung stehen, ohne bürokratische Hemmnisse zugelassen werden. (Starker Beifall) Das ist für die schnelle Durchführung dieser Maßnahmen unbedingt notwendig. Der Ausschuß ersucht weiter die Leiter der bewaffneten Organe, bei ihren Sonderjagdgebieten entsprechende Maßnahmen wie bei den Staatsjagdgebieten zu treffen. Ich bitte, mich nicht falsch zu verstehen. Bei „ihren“ meine ich nicht die Jagdgebiete der Leiter, sondern die Jagdgebiete, die für Mdi, NVA usw. vorgesehen sind. Ich möchte kein Mißverständnis. Nach Abschluß der Untersuchungen wird der Ausschuß die erforderlichen Schlußfolgerungen gegen die Verantwortlichen vorschlagen.

3. Über persönliche Privilegien eines begrenzten Personenkreises liegen erste Informationen - ich spreche nicht von der Presse - auch durch zwei Mitglieder des Ausschusses vor, die die Wohnsiedlung Wandlitz aufgesucht haben. Zahlreiche Fragen sind offen. In welcher Höhe wurde für die Häuser Miete gezahlt? Welche bezahlte das Hauspersonal? Welche Dienstleistungen waren kostenlos? Welches Warenortiment wurde in den Verkaufsstellen für Lebens- und Genussmittel und Industriewaren verkauft und auf welcher Preisgrundlage? Die aus Wandlitz schnell abtransportierten Waren stehen bereits unter Kontrolle der Staatsanwaltschaft. Daß diese Verkaufseinrichtung auch Kinder und Enkel der Bewohner von Wandlitz versorgte, ist bereits festgestellt. Der vorgesehene Beschluß der Volkskammer wird dem Ausschuß die Möglichkeit geben, die Wahrheit über diesen Komplex festzustellen.

Darüber hinaus gibt es Einzelstellungen der Finanzrevision, von denen ich zwei mit sehr unterschiedlichem Gewicht hier anführen möchte. Eine: Auf Grund einer Anordnung des früheren Bauministers vom 15. 12. 1978 wurde die Möglichkeit geschaffen, Ehrenmitglieder der Bauakademie mit einer jährlichen Dotation von 20 000 Mark zu ernennen. Die Ernennung erfolgte durch den Minister für Bauwesen auf Vorschlag der Bauakademie. Be-

reits 1978 wurden Erich Honecker und Günter Mittag zu Ehrenmitgliedern der Bauakademie ernannt. Aus diesem Anlaß erhielten sie seitdem die jährliche Dotation von je 20 000 Mark, insgesamt je 240 000 Mark. (Lärm) Die andere Information: Von 1985 bis 1989 erhielt Thomas Kleiber, der Sohn von Günther Kleiber, Testfahrzeuge des Typs Wartburg und Skoda zur persönlichen Nutzung. Den Skoda nutzte er noch am 27. November dieses Jahres.

4. In einer Reihe von Eingaben wird die Frage aufgeworfen - sie spielt ja auch eine gewisse Rolle in einigen Fragestellungen -, ob Valuta-Mittel der DDR wirklich stets gesetzlich verwandt wurden. Das ist nicht der Fall, soweit Importmaterialien für Bauten leitender Funktionäre und für die Sonderversorgung der Siedlung Wandlitz verwandt wurden. Zu dem gegen Hermann Axen erhobenen Vorwurf, daß er mit einer Sondermaschine nach den USA geflogen sei und daß Ständegelder von täglich 10 000 Dollar für das Verbleiben der Maschine angefallen seien, liegen dem Ausschuß die angeforderten Unterlagen der INTERFLUG vor. Danach wurden für Land- und Parkgebühren dieser Maschine 1841 Dollar, für Kraftstoff für den Rückflug 16 075 Dollar bezahlt. Weitere Parkgebühren entstanden nicht, da das Flugzeug kostenlos auf einem amerikanischen Militärflugplatz abgestellt wurde. Im übrigen handelte es sich um eine Dienstreise als Vorsitzender des außerpolitischen Ausschusses der Volkskammer. Dem Ausschuß liegt auch eine Liste über Flüge mit Sondermaschinen seit dem 1. 1. 87 vor, für die für Abfertigungen und sonstige Ausgaben beträchtliche Mittel aufgewandt wurden. Der Ausschuß wird noch überprüfen, inwieweit in dieser Liste Flüge zu privaten Zwecken enthalten sind. Bemerkenswert ist die vor dem Ausschuß erfolgte Äußerung des für die Zivilluftfahrt zuständigen Stellvertreters des Ministers für Verkehrswesen, Dr. Henkes, daß der in der DDR bisher zur Benutzung von Sondermaschinen berechnete Personenkreis den international üblichen Rahmen weit übersteigt, so daß die INTERFLUG manchmal mit den Luftfahrtbehörden der anderen Länder Probleme hatte. Wir begrüßen es deshalb, daß der Ministerrat gestern die Auflösung der Sonderstaffel beschlossen hat.

In den Zusammenhang Valuta-Fragen gehört die Tatsache, daß bei einer unvorhergesehenen Kontrolle beim DTSE ein Betrag von insgesamt 291 000 DM West in Büroschubladen und anderen Behältnissen des für Wirtschaft und Finanzen Verantwortlichen vorgefunden wurde, für deren Herkunft und Verwendung keine ordentlichen Belege vorliegen. Die Aufklärung ist dadurch erschwert, daß sich dieser Verantwortliche der Vernehmung durch Selbstmord entziehen hat. Die Bargeldbestände sind der Staatsbank zugeführt worden.

## Ein Brief aus dem Dorf Wolletz

Verehrte Abgeordnete, ich möchte noch auf zwei Eingaben eingehen, die ich für so wichtig halte, daß wir Gespräche mit den Verfassern an Ort und Stelle führen werden.

a) Die Sektion Germanistik/Slawistik der Pädagogischen Hochschule Güstrow vertritt die Auffassung, daß die Gründung der Pädagogischen Hochschule Neubrandenburg, die entgegen ernsthaften Einwänden aus dem Ministerium für Volksbildung und aus den Bezirken Neubrandenburg und Schwerin mit einem Kostenaufwand von über 80 Millionen Mark von Margot Honecker und Johannes Chemnitz durchgesetzt wurde, völlig überflüssig gewesen sei. Es hätten ausreichende Kapazitäten anderer Pädagogischer Hochschulen vorgelegen, die nun unverlängert werden sollen. Wir werden am 7. Dezember um 11 Uhr in der Pädagogischen Hochschule Neubrandenburg darüber eine Aussprache durchführen und die Beschwerdeführer aus Güstrow dazu einladen. Ich schlage dem Minister für Bildung, Herrn Prof. Dr. Emons, vor, einen Beauftragten des Ministeriums zu dieser Aussprache zu schicken.

b) Einen bewegenden Brief erhielten wir über die Zustände in dem Dorf Wolletz bei Angermünde, wo der ehemalige Minister Mielke seinen Landstift hatte. Während die Wohnbedingungen der Dorfbewohner sehr schlecht waren, wurden nicht nur für MfS-Mitarbeiter Neckermann-Häuser gebaut, sondern den Bürgern auch der für sie bestimmte Wohnblock weggenommen. Die Bürger waren ständig unter Kontrolle und Bewachung, sie mußten sich für Besuche verantworten, sie beschwerten sich über die jahrelange Isolierung.

Der Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit sollte, falls es noch nicht geschehen ist, sofort für den Abzug der MfS-Angehörigen und ihrer Familien aus Wolletz sorgen, damit der frei werdende Wohnraum den Bürgern zur Verfügung gestellt werden kann. In der kommenden Woche beabsichtige ich, das Dorf mit einem meiner Kollegen aus dem Ausschuß zu besuchen und mit den Einwohnern eine Aussprache zu führen.

Herr Präsident, verehrte Abgeordnete!

Dieser Bericht ist mir nicht leichtgefallen. Aber ich fühle mich gemeinsam mit allen anderen Ausschußmitgliedern verpflichtet, durch schonungslose Aufdeckung der Wahrheit unseren Beitrag zu einer erneuerten menschlichen Gesellschaft in diesem Land zu leisten.

# Debatte über Korruption und Amtsmissbrauch

Zu Beginn der Aussprache zum Zwischenbericht des Untersuchungsausschusses gab Wolfgang Herger für die SED-Fraktion folgende Erklärung ab:

Die in den letzten Tagen und Wochen bekanntgewordenen und immer wieder neu bekanntwerdenden Fälle von Amtsmissbrauch und persönlicher Bereicherung ehemaliger Mitglieder der Führung der SED und des Staates sowie weiterer leitender Funktionäre erfüllen uns mit tiefster Empörung. Solche Entartungen sind weder mit den Idealen und Zielen unserer Partei noch mit den Prinzipien sozialistischer Gerechtigkeit vereinbar. Die totale Diffamierung der innerparteilichen Demokratie hat es ermöglicht, daß eine Reihe von Personen durch Korruption, durch individuelle Bereicherung, durch Veruntreuung und durch widerrechtliche Aneignung von Volksvermögen Ansehen und Namen unserer Partei auf das grösste beschmutzte. Damit haben sie die gesamte werktätige Volkshintergarde und schwer enttäuscht. Getäuscht, belogen und betrogen wurden gerade auch die aufrechten, selbstlos arbeitenden Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Wir erklären, daß wir gemeinsam mit den Mitgliedern unserer Partei, mit den Werktätigen aller Schichten unseres Volkes konsequent und schonungslos für die Realisierung folgender Maßnahmen wirken: Rückhaltlose Aufdeckung aller Erscheinungen von Amtsmissbrauch und persönlicher Bereicherung, sofortiger Rücktritt bzw. Entlassung diskreditierter Leitungskader in Partei und gesellschaftlichen Organisationen und dem Staat aus all ihren Funktionen, sofortiger Parteiausschluß bei erwiesenem Amtsmissbrauch, sofortige Einleitung von strafrechtlichen Verfolgungen bei begründetem Verdacht auf Gesetzesverletzungen, bei Fällen mit begründetem Verdacht auf Veruntreuung sofortige Untersuchungshaft entsprechend den geltenden Rechtsvorschriften. Die Abgeordneten unserer Partei, die im zeitweiligen Ausschuß der Volkskammer unter Leitung von Abgeordnetem Dr. Toeplitz mitwirken, haben den ausdrücklichen Auftrag, diese Aufgaben konsequent und rückhaltlos durchzuführen zu helfen. Zugleich rufen wir alle Mitglieder unserer Partei, die Bürger unseres Landes dazu auf, das Ansehen und die Würde aller ehrlichen Genossen und Staatsfunktionäre vor Verleumdungen und übler Nachrede zu verteidigen sowie bei der Schaffung demokratischer Mechanismen mitzuarbeiten, die jeglichen Amts- und Machtmissbrauch in der Zukunft ein für allemal ausschließen.

Der Abgeordnete Richard Wilhelm (LDPD) wandte sich mit der Anfrage an Dr. Heinrich Toeplitz, welche Funktionen der SED und anderer Parteien über Revolver verfügen, welche dem Volk einsehbar sind dem zugeordnet liegen und wer die Waffen an wen bezahle.

Heinrich Toeplitz betonte, daß es nicht um illegalen Besitz gehe und verwies die Verantwortung an den Minister des Innern, Lothar Ahrendt. Dieser antwortete darauf, daß Funktionäre der SED und anderer Parteien auf der Grundlage von Beschlüssen im Besitz von Waffen waren. Als Abgeordnete gegen diese Feststellung protestierten, präzisierter, daß zu ihnen u. a. früher Dr. Toeplitz, jetzt noch immer Prof. Dr. Kolditz, die Minister Halm, Heusinger und Wolf gehören.

Auf eine Frage des NDPD-Abgeordneten Dr.-Ing. Manfred Goedecke zum mehrfach genannten Bereich Kommerzielle Koordinierung, antwortete der Minister für Außenwirtschaft Dr. Gerhard Bell. In seinem Verantwortungsbereich seien export, Import und Valuta-Einnahmen geplant und abgerechnet worden. Die Außenhandelsbetriebe hätten die erwirtschafteten Mittel über die Deutsche Außenhandelsbank an den Staatshaushalt abgeführt, geprüft durch die jährliche Finanzrevision des Ministeriums der Finanzen. Die Revisionsberichte der letzten zehn Jahre lägen vor. Über jede Mark und Valuta-Mark könne er Rechenschaft geben.

Ein anderer Bereich sei der der Abteilung Kommerzielle Koordinierung, gegenüber der er entsprechend der Verordnung über die volkseigenen Außenhandelsbetriebe kein Weisungsrecht hätte. Die Ergebnisse seien nicht über sein Ministerium abgerechnet worden.

Die Regierung Modrow habe ihn jetzt beauftragt, innerhalb einer Woche Vorstellungen zu entwickeln, wie die Betriebe des Bereichs Kommerzielle Koordinierung zur Lösung der Aufgaben des Außenhandels in den Verantwortungsbereich des Ministeriums für Außenwirtschaft eingeordnet werden könnten.

Prof. Dr. Gerd Stagemann (NDPD) fragte, ob es stünde, daß in diesem Bereich Kommerzielle Koordinierung bedeutende Einnahmen durch Scheinfirmen erzielt und auf Bankkonten in der Schweiz eingezahlt wurden?

Gerhard Bell antwortete darauf, daß er nicht in der Lage sei, auf diese Anfragen eine Antwort zu geben. Er habe über den Bereich gesprochen, für den er die Verantwortung trage. Volkskammerpräsident Günther Maleuda unterbreitete den Vorschlag, daß der Untersuchungsausschuß auch den Staatssekretär

Alexander Schalck-Golodkowski anhören sollte, der den Bereich Kommerzielle Koordinierung leitete. In einer Fragestunde während der nächsten Volkskammertagung solle eine Beantwortung der Fragen vor dem Plenum erfolgen.

Nach den Ursachen für übertriebene Überwachungsmaßnahmen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit erkundigte sich Verena Schlüsener (DBD).

Abgeordneter Bernhard Mägling (NDPD) forderte, daß zu dem, was bisher über den Amtsmissbrauch und die Verwendung der Gelder beziehungsweise woher sie gekommen sind, die ehemaligen Mitglieder des alten Politbüros der SED, insbesondere der ehemalige, von der Volkskammer gewählte Staatsratsvorsitzende, Aufklärung vor der Volkskammer geben. Der Präsident der Volkskammer forderte Dr. Wolfgang Schwanz (SED), Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit, zur Stellungnahme auf. Er teilte den Abgeordneten mit, daß er als ehemaliger Verantwortlicher für Technik in diese Angelegenheiten vor damaligen Leiter der Staatssicherheit Mielke nicht eingeweiht worden ist und bei seinem Amtsantritt am 18. 11. zwei leere Panzerschränke vorgefunden habe. Unter seiner Leitung sei inzwischen veranlaßt worden, daß die Staatssicherheitsgruppe in der Gemeinde Wolletz abgezogen wurde.

Auf die Anfrage des NDPD-Abgeordneten eingehend, erklärte der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsapparates, Egon Krenz: „Ich gehöre nicht zu jenen, die hier sagen wollen, ich trage keine Verantwortung. Ich habe mich zu meiner Verantwortung auf der 9. Tagung des Zentralkomitees meiner Partei bekannt und habe gesagt, daß es grobe politische Fehler meiner Führung gegeben hat und daß diese unser Land in eine tiefe politische Krise geführt haben.“ Er habe hinzugefügt, daß dafür das Politbüro in seiner Gesamtheit und das Zentralkomitee seiner Partei die Verantwortung übernehmen. Zugleich habe er gesagt, daß er sich persönlich dieser Verantwortung stelle. Krenz bat um Verständnis, wenn er zwei Dinge voneinander trenne: die politischen Fehler von den kriminellen Machenschaften, von denen die Rede gewesen sei. Was politische Fehler betreffe, so müßten sie geahndet, ausgewertet werden, und es müßten politische Mechanismen geschaffen werden, damit sie sich nicht wiederholten.

Er habe versucht, sagte Krenz weiter, bei bestimmten Ereignissen, Einfluß zu nehmen, besonders nach der Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU. „Ich betrachte es heute als unseren größten Fehler, daß wir damals nicht rechtzeitig genug gefragt haben, welche Bedingungen ergeben sich auch für unser Land aus dieser Situation?“ Nicht, daß er dem Kopieren das Wort rede oder der Meinung sei, es müsse alles genau so getan werden: die Grundfrage, den Sozialismus stärker mit Demokratie zu verbinden, ihm ein menschliches Gesicht zu geben, diese Grundfrage, die 1985 die sowjetischen Kommunisten gestellt haben, davon hätte man vieles lernen können. Hier habe er nicht konsequent gehandelt und geglaubt, man müsse es zusammen mit der gesamten Führung machen.

Er habe fest daran geglaubt, daß die Einheit und Geschlossenheit einer Führung wichtig sei für die Einheit und Geschlossenheit des Handelns der ganzen Partei. Heute wisse er, daß es richtig sei, wenn dem eine kollektive Diskussion, ein kollektiver Standpunkt vorausgehe. Er habe einen Lernprozeß durchgemacht. In diesen Zeiten habe er auch gelernt, daß sich Halberzigkeit in der Politik räche und daß man einmal Erkanntes, selbst wenn nicht die notwendigen Mehrheiten da seien, konsequent durchsetzen müsse. Auf der 9. Tagung des Zentralkomitees habe er die Initiative ergriffen, damit die Wende in seiner Partei durchgesetzt werde. Die Grundideen, die ihn zum politischen und ökonomischen Profil der DDR bewegten, habe er auf den Tagungen des Zentralkomitees und der Volkskammer dargelegt.

## Beschluß zum Untersuchungsausschuß

Für die weitere Arbeit des zeitweiligen Untersuchungsausschusses faßten die Abgeordneten einstimmig folgenden Beschluß:

1. Der Ausschuß ist berechtigt, Betroffene, Zeugen und Sachverständige zur Anhörung zu laden. Die Genannten sind verpflichtet, der Ladung des Ausschusses Folge zu leisten.

2. Der Ausschuß ist berechtigt, die Vorschriften der Strafprozedur über die Pflichten der Zeugen und Sachverständigen entsprechende Anwendung. Betroffene haben eine Aussagepflicht, und ihr Aussageverweigerungsrecht entspricht dem eines Zeugen im Strafverfahren.

Vieles von dem, was damals Programm war, sei eingegangen in die Tätigkeit der Volkskammer.

Er bekenne sich auch dazu, daß man jedem die Möglichkeit geben müsse, einen Lernprozeß durchzumachen, betonte Krenz. Wer hier in der Volkskammer jetzt selbstbewußt aufträte, habe auch einen Lernprozeß durchgemacht. Denn diese Atmosphäre, wie sie heute in der Volkskammer zu spüren sei, wie sie in den Medien herrsche, sie habe es nicht immer gegeben, und nicht alle, die heute am mutigsten auftraten, seien damals die Mutigsten gewesen.

Er bekenne sich zu einem kulturreichen Stil. Man sollte das Wort der Verurteilung sprechen, wenn die Fakten tatsächlich auf dem Tisch liegen. Ihm sei es zuwider, als Fakten Dinge anzuführen, die in westlichen Medien als Tatsachen ausgegeben würden. „Ich möchte gerne, daß wir uns von Fakten leiten lassen, die der Untersuchungsausschuß feststellt, die sich tatsächlich aus dem Leben herleiten lassen. Das, empfinde ich, gehört zum politischen Stil unseres Herangehens.“

Er möchte vor dem Hohen Haus sagen, daß er neben der Verantwortung, über die er gesprochen habe, auch eine Reihe von Dingen tatsächlich nicht gekannt habe. Er sei weder in Freizeitsachen noch in Jagdhäusern anderer Politbüromitglieder gewesen. Er habe seinen Urlaub jedes Jahr im Gästehaus des Ministerrates in Dierhagen verbracht, einer Gegend, mit der sich Kindheitserinnerungen verbinden. Er verteidige über keine Jagdhütte, kein Jagdschloß, habe kein Jagdgebiet und kein Freizeithaus.

Ministerpräsident Dr. Hans Modrow erklärte unter großer Zustimmung, daß es mit Blick auf die Zukunft, darum gehe, „Aufbruch für unser Land“ zu neuen. Vom Runden Tisch sollte es zu neuem Aufbruch mit allen Kräften führen, die um Vertrauen kämpfen. Der Regierungschef betonte dies angesichts der zwischenzeitlichen Diskussion zu dem Zwischenbericht, den Dr. Heinrich Toeplitz gegeben hatte. Modrow hatte zu diesem Zeitpunkt ein vertrauensvolles Gespräch mit einer großen Delegation von Werktätigen des Betriebes Bergmann-Borsig Berlin, die von der obersten Volksvertretung und von der Regierung verlangt, Verfehlungen der Vergangenheit vollends aufzudecken und nichts zu vertuschen. Modrow versicherte, daß die Regierung die entsprechenden Konsequenzen aus den Überprüfungen, die der Ausschuß vorgenommen hat und weiter vornehmen wird, ziehen werde. Entsprechend der Untersuchungsergebnisse würden Maßnahmen getroffen. Er fügte hinzu, Vertrauen könne man in wenigen Minuten verlieren, aber es zu gewinnen, würde mitunter Jahre brauchen.

Mit großer Mehrheit verabschieden die Abgeordneten eine Erklärung der Volkskammer der DDR an die Föderative Versammlung und die Völker der CSSR, die von Günther Maleuda verlesen wurde. Darin bringt die Volksvertretung ihre Sympathie gegenüber dem eingeleiteten Kurs der grundlegenden demokratischen Erneuerung in der CSSR zum Ausdruck. Die Beteiligung der DDR an militärischen Aktionen von Staaten des Warschauer Vertrages im Zusammenhang mit innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Tschechoslowakei im August 1968 wird aufrichtig bedauert und die Völker der CSSR um Entschuldigung gebeten. Die DDR bekräftigt, daß sie alles in ihren Kräften Stehende tun wird, damit die Prinzipien des Völkerrechts wie Nichteinmischung, Gleichberechtigung und Souveränität sowie das Verbot der Gewaltanwendung uneingeschränkt Geltung in den internationalen Beziehungen erhalten.

Zum Tagesordnungspunkt 9 billigte die Volkskammer einen Beschluß des Staatsapparates, die Immunität des Abgeordneten Gerhard Nennstiel wegen der gegen ihn eingeleiteten Ermittlungen aufzuheben. Damit wurde die 13. Tagung der Volkskammer abgeschlossen.

schusses können die Schriftstücke und Unterlagen in den genannten Institutionen einsehen bzw. abholen.

3. Auf der Grundlage des Beschlusses der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik vom 18. November 1989 über die Zusammensetzung des zeitweiligen Ausschusses der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zur Überprüfung von Fällen des Amtsmissbrauchs, der Korruption, der persönlichen Bereicherung und anderer Handlungen, bei denen der Verdacht der Gesetzesverletzung besteht, beschließt die Volkskammer, dem Ausschuß folgende Befugnisse zu übertragen:

4. Der Untersuchungsausschuß ist berechtigt, von staatlichen Organen, Einrichtungen, gesellschaftlichen Organisationen, Parteien und Betrieben Schriftstücke und Unterlagen anzufordern. Die genannten Institutionen sind verpflichtet, die angeforderten Schriftstücke und Unterlagen unverzüglich zu übergeben. Beauftragte des Untersuchungsaus-